

Lübecks Rechnungsprüfer rügen Waterfront-Vertrag

Lübeck - Die Stadt hat den Priwall viel zu billig an den Investor verkauft, kritisiert das Amt. Die Grünen fordern den Rücktritt von Wirtschaftssenator wolfgang Halbedel.

[Hintergrund Waterfront-Projekt](http://www.ln-online.de/artikel/2619917)

Satte Ohrfeige: Das Rechnungsprüfungsamt (RPA) wirft der Stadt in Sachen Waterfront-Projekt auf dem Priwall „grob nachlässiges Handeln“ vor. Die Mängelliste in dem 43 Seiten dicken RPA-Bericht ist lang. Die Prüfer nennen insgesamt 15 Punkte, bei denen die Stadt beim Verkauf der Priwall-Flächen versagt haben soll.



Der Priwall vor Travemünde aus der Vogelperspektive: Auf dem Areal rund um den Passathafen soll eine Ferien-Anlage entstehen. Foto: Jelonnek

Der Bericht schlägt hohe Wellen in der Politik: Der Fraktionschef der Grünen, Bernd Möller, fordert weitreichende Konsequenzen. „Das rechtfertigt den Rücktritt des zuständigen Wirtschaftssenators Wolfgang Halbedel“, wettet Möller. Der schießt zurück und rät dem Politiker, sich erst einmal beide Seiten anzuhören. „Die Forderung ist ein bisschen voreilig“, so Halbedel. Die Verwaltung habe noch keine Gelegenheit gehabt, sich zum Bericht zu äußern. Bis zum 20. Juli soll eine Arbeitsgruppe den Bericht widerlegen.

Hauptvorwurf des RPA: Die Stadt hat die Flächen auf dem Priwall zu billig an den Investor Sven Hollesen verkauft (siehe Hintergrund). Für das 70 000 Quadratmeter große Areal hätte sie 10,5 Millionen Euro veranschlagen müssen, heißt es. Tatsächlich steht als Kaufpreis 5,51 Millionen Euro im Vertrag. Die Kritik der Rechnungsprüfer: Die Stadt habe sich in Gesprächen mit dem Gutachterausschuss und dem Investor im Preis drücken lassen. Die Rechnungsprüfer gehen davon aus, dass der Investor „nicht gewillt war, eine Kaufsumme von deutlich über fünf Millionen Euro zu zahlen“.

Außerdem werfen die Finanzwächter der Stadt vor, dass sie dem Investor „leichtfertig Kostenminderungen zuerkannt haben“ wie den Pauschalpreis für die Abrisskosten von 1,13 Millionen Euro für Gebäude. Das sei „nur als grob nachlässiges Verwaltungshandeln zu bezeichnen“, so das Urteil. Die städtischen Rechnungsprüfer listen auf, dass „die Wirtschaftlichkeit der Gesamtmaßnahme nach wie vor nicht belegt werden kann“. Denn die Kosten für den Bau der Promenade am Passathafen lägen nicht wie kalkuliert bei 1,2 Millionen Euro, sondern könnten bis zu 1,95 Millionen Euro betragen. Die müsse die Stadt tragen. Es gebe viele ungeklärte Fragen beim Projekt Waterfront und damit „ein finanzielles Risiko von ungewissem Ausmaß“ für die Stadt. Fraglich seien unter anderem die Altlastensanierung, die Kosten für die Räumung der Flächen sowie die Entschädigung eines Seglervereins und eines Campingplatzbesitzers. 1,8 Millionen Euro an Kosten gibt das RPA für diese Posten an, die ebenfalls zu Lasten der Hansestadt gingen.

Die Finanzwächter kommen zu dem Schluss, dass „der Abschluss des Kaufvertrages von einer unverständlichen, die Qualität beeinträchtigenden Hektik geprägt war“. Sie empfehlen, den Verkauf der Priwall-Flächen zu überdenken. Denn Geld ist noch nicht aufs Stadtkonto geflossen, da der Flächennutzungsplan bislang nicht durch die Bürgerschaft geändert worden ist (siehe unten). Ob das je passiert, wird nach dem RPA-Bericht immer fraglicher.

„Alle Fragen müssen zufriedenstellend beantwortet werden“, warnt SPD-Fraktionschef Peter Reinhardt, „sonst muss man überdenken, ob das ganze Projekt überhaupt Sinn macht“. Die Bürgerinitiative für eine behutsame Priwallentwicklung fühlt sich bestätigt. „Man kann das Projekt nicht einfach so weiterverfolgen“, sagt der Vorsitzende Eckhard Erdmann.

Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) hingegen erklärt: „Viele Vorwürfe des RPA gehen an dem tatsächlichen Sachverhalt vorbei oder lassen wichtige Aspekte außer Acht.“ Auch Halbedel sagt: „Wir weisen die Vorwürfe entschieden zurück.“ Die Stadt versuche, „den Investor zu halten, um 60 Jahre Stillstand auf dem Priwall zu beenden“.

Priwall-Bebauung ein Jahr später: Boden kritisiert Politiker

Die Verwaltung versuchte gestern im Bauausschuss vergeblich, die Planung für das Waterfront-Projekt am Laufen zu halten. Die Politiker sollten grünes Licht für eine Änderung des Flächennutzungsplans geben, weigerten sich aber mehrheitlich und nach längerer Debatte.

Bausenator Franz-Peter Boden (SPD) platzte daraufhin der Kragen. „Wie wollen Sie einem Investor klar machen, dass Sie hinter seinem Projekt stehen, wenn Sie nicht einmal einen einfachen Aufstellungsbeschluss zum Flächennutzungsplan fassen?“, redete sich Boden in Fahrt, „diesen Spagat müssen Sie mir mal erklären.“ Es sei bewundernswert, wie hartnäckig Investor Sven Hollesen an dem Vorhaben festhalte. Boden: „Andere hätten längst das Handtuch geworfen.“ Die Flächennutzungsplan-Änderung sei harmlos. Im weiteren Planverfahren würde „jeder Baum, jeder Halm auf dem Priwall gezählt“, so der Bausenator, „und jeder, der etwas zu quaken hat, wird gefragt.“

Nach Angaben von Stadtplanerin Annekatrin Lorenzen verzögert sich das Millionenprojekt um ein Jahr. CDU und FDP redeten ihren Kollegen im Bauausschuss mehrfach ins Gewissen. „Wir sind gegenüber dem Investor in der Pflicht“, sagte Ulrich Kraus (CDU). „Der Investor hat seine Hausaufgaben gemacht, Teile der Verwaltung dagegen nicht“, sagte Bauexperte Christopher Lötsch. Wilhelm Melchers (FDP) sprach von einem „irrsinnigen Prozedere“.

Die Verzögerung des Projekts verantworten SPD, Linke und Grüne. Harald Quirder (SPD): „Wir wollen ein Signal an die Bürger setzen, die große Befindlichkeiten mit Waterfront haben.“ Als Signal verstehen es auch die Linken. Bernd Basson: „Es gibt ein großes Unbehagen wegen der Kosten, die auf uns zukommen.“ Für den Investor werde alles getan, während die Sorgen der Bevölkerung missachtet würden, so Carl Howe (Grüne): „Der Bauausschuss muss Kante zeigen.“ dor

In-online/lokales vom 07.07.2009 09:34

Quelle im Internet: <http://www.ln-online.de/artikel/2619453>